

Sevim
Dagdelen

DER FALL ERDOGAN

WIE UNS MERKEL
AN EINEN
AUTOKRATEN
VERKAUFT

WESTEND

Leseprobe

W E S T E N D

SEVIM DAGDELEN

DER FALL ERDOGAN

**Wie uns Merkel
an einen Autokraten verkauft**

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-86489-156-4
© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2016
Umschlaggestaltung: Buchgut Berlin
Satz: Publikations Atelier, Dreieich
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	11
1 Der EU-Türkei-Deal	17
2 Schauprozesse	27
3 Botschaften und Botschafter	39
4 Der Fall Böhmermann und die Folgen	49
5 Krieg gegen die Kurden	59
6 Der Putschversuch	71
7 Erdogans Staatsputsch	81
8 Der Pakt mit dem islamistischen Terrorismus	91
9 Miteinander in der NATO	105
10 Die ökonomische Achse Berlin-Ankara	119
11 Der Fall Fazıl Say	129

12 Islamisierung und Sunnitisierung	141
13 Muslimbrüder versus Gülen	155
14 Gezi-Park	165
15 »Ob darüber Armenier zugrunde gehen oder nicht«	175
16 Erdogans Parteien in Europa	185
17 Erdogans Netz in Deutschland	195
18 Staatliche Religionsbehörde in Aktion	205
19 Was tun gegen Erdogan?	213
Anmerkungen	221

Vorwort

von Can Dündar

In den türkischen Schulbüchern heißt es über das Ende des Ersten Weltkrieges: »Die osmanischen Soldaten kämpften heldenhaft an allen Fronten, doch als die Deutschen besiegt waren, galten auch wir als besiegt.«

Wenn ich mir die Zeitläufte heute, ein Jahrhundert später, anschau, scheint mir eine Revanche für 1918 im Gange zu sein. Im Krieg um Demokratie und Menschenrechte wird, da die Türkei besiegt ist, schließlich auch Deutschland, das von Anfang an vor jeder ihrer Unrechtshandlungen die Augen verschloss, als besiegt gelten.

Diesen Verlauf scheint Kanzlerin Merkel gespürt zu haben, als sie bei ihrem wer weiß wievielten Besuch in Istanbul zum Treffen mit Erdogan auf dem vergoldeten Thron saß. Nervosität und Anspannung standen ihr ins Gesicht geschrieben. Doch was man ihrer Miene ablesen konnte, hörte man von ihren Lippen nicht.

- Als die Türkei zum weltweit größten Gefängnis für Journalisten gemacht und die Pressefreiheit mit Füßen getreten wurde,
- als Akademikerinnen und Akademiker, Schriftsteller und Künstler verhaftet wurden, weil sie Unterschriften für den Frieden gesammelt hatten,
- als Städte im Südosten durch Panzerbeschuss zerstört wurden,
- als die Immunität von Abgeordneten aufgehoben wurde,
- als eine Hexenjagd auf Oppositionelle eingeleitet wurde,

... da war Merkel stets darauf bedacht, kein einziges Wort zu sagen, das Ankara betrüben könnte, und sich kein einziges Mal mit der Opposition zu treffen. Sie schwieg auch,

- als der türkische Staatspräsident, ermutigt durch ihre Unterstützung, »Bluttests« von Abgeordneten im Deutschen Bundestag forderte;
- als ihren eigenen Staatssekretären und Abgeordneten die Erlaubnis zum Besuch der auf dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik stationierten deutschen Soldaten verweigert wurde;
- als der deutsche Botschafter in Ankara nachgerade zur Persona non grata erklärt wurde, weil er Unrechtmäßigkeiten bei Gerichten beobachtet hatte.

Zu alldem schwieg Merkel und erlaubte obendrein, dass von diesen zigtausend Beleidigungsprozessen, die Erdogan anstregte, einer auch in ihrem eigenen Land eröffnet wurde, um Ankara glücklich zu machen.

Während wir uns vom Westen Unterstützung im Kampf für die Demokratie erhofften, tat der Westen das Gegenteil und importierte seinerseits die Autokratie aus der Türkei. Weswegen? Um eines schmutzigen Abkommens wegen, das Flüchtlinge vom europäischen Kontinent fernhalten soll. Womöglich hat dieses Abkommen tatsächlich Millionen von Flüchtlingen daran gehindert, nach Europa zu gelangen, doch weder brachte es den Türken Visafreiheit, noch taugte es zum Schutz Europas vor der aufbrandenden Nationalismuswelle.

Die in Ankara tolerierte autokratische Regierungsform bereitet sich auch zur Machtübernahme in europäischen Hauptstädten vor. Die EU-Skepsis im Osten und die Islamophobie im Westen schaukeln sich – zwei Messern gleich, scharf geschliffen, indem man sie aneinander wetzt – gegenseitig hoch und versperren der Welt den Weg in die Zukunft. Europa, ein Synonym

für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat, entfremdet sich den eigenen Werten, je mehr es sich angesichts terroristischer Bedrohung an eine Sicherheitspolitik klammert.

Doch so wenig die Türkei allein aus Erdogan besteht, so ist Deutschland nicht allein Merkel. Wie es in der Türkei Menschen gibt, die sich ungeachtet aller Bedrohungen für Demokratie einsetzen, gibt es auch in Deutschland Menschen, die beharrlich für Frieden, Demokratie und Freiheit einstehen und nicht bereit sind, um kurzfristiger Interessen willen die universellen Werte der Menschlichkeit aufzugeben.

Eine von ihnen ist Sevim Dagdelen.

Eine Politikerin, die unseren Kampf unterstützt, die zu unseren Verhandlungen anreiste, die weiß, dass die Lösung nicht in einer Interessengemeinschaft mit den Regierungen liegt, sondern in der internationalen Solidarität der Völker. Sie ist eine von denen, die herausragende Beiträge dazu leisten können, dass die erhoffte Brücke zwischen Deutschland und der Türkei aus demokratischen, friedlichen und freiheitlichen Steinen erbaut werden kann.

Was sie in diesem Buch schreibt, ist wegweisend für beide Länder.

Folgendes dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren: Wir sind nicht in Deutsche und Türken getrennt. Wir sind gespalten in Türken und Deutsche, die an Demokratie, Freiheit, Frieden, Recht und Gerechtigkeit, Arbeit und Engagement, Menschenrechte und Gleichberechtigung von Mann und Frau glauben, auf der einen Seite – und Türken und Deutsche, die nicht daran glauben, auf der anderen.

Wenn dieses Mal Letztere besiegt werden, gelten Erstere als Sieger.

(aus dem Türkischen von Sabine Adatepe)

Einleitung

Dies ist weder ein Türkei-Buch, noch geht es um die Machenschaften des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan oder den Schiffbruch der deutschen Bundesregierung mit ihrer Türkei-Politik allein. Im Mittelpunkt steht vielmehr das deutsch-türkische Verhältnis. Ein Verhältnis, das von einer zunehmenden Unterwürfigkeit insbesondere der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihres Außenministers Frank-Walter Steinmeier gegenüber einer autokratisch regierten Türkei im Allgemeinen und ihrem Präsidenten Erdogan im Besonderen geprägt ist.

Angesichts der Unterwerfung der deutschen Bundesregierung aus Christ- und Sozialdemokraten unter die düsteren Prämissen der Politik Erdogans ist gerade im vergangenen Jahr das Thema Türkei von einem Metier für außenpolitische Spezialisten zu einem Gegenstand geworden, der uns alle angeht. Ein zyprischer Freund erzählte mir jüngst einen Witz, mit dem man versucht, sich das Verhalten Merkels im Ausland zu erklären. Es habe den Anschein, als ginge es der Kanzlerin nicht um einen Beitritt der Türkei zur EU, sondern ganz im Gegenteil um einen Beitritt der EU zur Türkei. Und in der Tat kann man sich dieses Eindrucks nicht erwehren, auch wenn die EU alles andere als ein Hort der Freiheit, Demokratie und des Rechts ist. Denn gerade die Bundeskanzlerin ist dem türkischen Staatspräsidenten in einer ungeahnten Weise entgegengekommen.

In meinem Buch versuche ich, nur einige wenige ihrer Verbiegungen und Verbeugungen – von der Resolution zum Völkermord an den Armeniern über die Bedrohung von Bundestagsabgeordneten bis zur Affäre um den Satiriker Jan Böhmermann – schlaglichtartig zu beleuchten. Aber schwerer als das persönliche Versagen wiegt die Ausrichtung der deutschen Politik auf Erdogans Türkei bei der Flüchtlingsabwehr, auf die geopolitische und geostrategische Lage des Landes am Bosphorus im Rahmen der NATO sowie auf die Bedeutung der Türkei für den deutschen Kapitalelexport und profitable Anlagemöglichkeiten. Diese dreifache Fixierung, so meine These, führt fast schon naturgesetzlich zur Blindheit der Bundesregierung gegenüber den schlimmsten Menschenrechtsverletzungen gerade auch in Folge des Putschversuchs und der anschließenden Welle von Massenentlassungen, Massenverhaftungen und Folterungen. Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier ermutigen den türkischen Präsidenten Erdogan nicht nur zu immer neuen Untaten in seinem Land, sondern gefährden durch ihre Allianz mit dem Autokraten auch die Sicherheit und Freiheit der deutschen Bevölkerung.

Die Bundesregierung selbst bekennt einem Bericht der *Tageschau* am 16. August 2016 zufolge in ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage, dass sich die »Türkei zur zentralen Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen der Region des Nahen und Mittleren Ostens entwickelt« hat. Allein, sie weigert sich, daraus irgendwelche Schlussfolgerungen für ihren Umgang mit Erdogans Türkei zu ziehen. Steinmeiers Auswärtigem Amt wäre es sogar lieber gewesen, derartig offenherzige Einschätzungen des Innenministeriums hätten grundgesetzwidrig weder die Bundestagsabgeordneten noch die Öffentlichkeit erreicht. Ein Skandal im Skandal. Es wäre aber zudem naiv, sich den regional beschränkten Blickwinkel der Bundesregierung zu eigen zu

machen. Denn es geht Erdogan nicht nur um den Nahen Osten. Es geht ihm auch um Europa und um Deutschland. Hier agiert sein engmaschiges Einflussnetz bisher weitgehend ungestört von deutschen Behörden. Es mutet geradezu grotesk an, wenn die Kanzlerin meint, dem mit Loyalitätsappellen an die »türkeistämmigen« Migrantinnen und Migranten in Deutschland begegnen zu können, während der Einfluss Erdogans auch aufgrund ihrer Kotaupolitik hierzulande weiter wächst. In der bereits angeführten Antwort der Bundesregierung heißt es ferner: »Die zahlreichen Solidaritätsbekundungen und Unterstützungshandlungen für die ägyptische MB (Muslimbruderschaft, Anm. der *Tagesschau*-Redaktion), die Hamas und Gruppen der bewaffneten islamistischen Opposition in Syrien durch die Regierungspartei AKP und Staatspräsident Erdogan unterstreichen deren ideologische Affinität zu den Muslimbrüdern.« Das heißt, dass die Bundesregierung, die den türkischen Staatspräsidenten Erdogan zum Partner hat und weiterhin haben will, sehr wohl weiß, dass er den islamistischen Terror fördert.

Genau von diesem fortgesetzten Skandal handelt dieses Buch. Die Krone setzt diesem Vorgehen die türkische Invasion in Syrien auf. Formal geht es wieder einmal bei Erdogan gegen den IS, in Wirklichkeit aber gegen die syrischen Kurden. Mit brutaler Gewalt und einem neuerlichen Völkerrechtsbruch setzt er seine geopolitischen Interessen in Syrien durch. Islamistische Mörderbanden bahnen ihm dabei den Weg für sein Konzept einer türkischen Pufferzone jenseits der Grenze in Syrien. Die USA zeigten sich hinsichtlich dieser türkischen Interventionszone lange zurückhaltend, bis US-Vizepräsident Joe Biden bei seinem Türkei-Besuch nach dem Putschversuch grünes Licht gab und zugleich die syrischen Kurden fallen ließ wie eine heiße Kartoffel. Erdogans Wink, er könne auch auf Russland setzen, wurde offenbar prompt verstanden. Wer aber in der NATO hatte sich Erdogans Idee der Pufferzone in Syrien als erste zu eigen

gemacht? Richtig, es war Angela Merkel, denn die Förderung islamistischen Terrors durch die Türkei nahm man sehr wohl zur Kenntnis, wollte sie aber ganz nach dem Vorbild Erdogans für sich instrumentalisieren. Bereits im Oktober 2015 sprach sich die Bundeskanzlerin für die Pufferzone aus, denn die Türkei befinde sich in einer schwierigen geopolitischen Lage. Die Kurden, die in erster Linie daran beteiligt waren, den IS im Norden Syriens zu vertreiben, werden jetzt von Gruppen, die mit Al-Qaida kooperieren, und unter der Drohung der USA, ihre Unterstützung einzustellen, gezwungen, die von ihnen befreiten Gebiete islamistischen Mörderbanden zu überlassen.

Auch das Auswärtige Amt kann daran nichts Anstößiges finden. Offensichtlich bestehe das Interesse der Türkei auch darin, dass im Norden Syriens kein Gebiet unter vollständiger kurdischer Kontrolle entstehe, hieß es dort im August 2016. Dies müsse man zur Kenntnis nehmen. Ankara gehe »zu Recht oder zu Unrecht« davon aus, dass es Verbindungen zwischen der auch von Deutschland als Terrororganisation angesehenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) auf türkischer Seite und Teilen der Kurden auf syrischer Seite gebe. »Wir respektieren das, und wir sind auch der Meinung, dass es das legitime Recht der Türkei ist, gegen diese terroristischen Umtriebe vorzugehen.«

Die Bundesregierung setzt in vielfältiger Weise auf Erdogan als Partner. Aber Erdogan ist kein Partner, erst recht nicht für Verhandlungen. So warnt der türkische Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk: »Die Gedankenfreiheit existiert nicht mehr. Wir bewegen uns mit großer Geschwindigkeit von einem Rechtsstaat zu einem Terrorregime.« Es ist wichtig, an einem Dialog festzuhalten, wer aber Erdogan vertraut oder sich gar auf ihn verlässt, der setzt sich wie die Kanzlerin zwangsläufig stets neuen Erpressungen aus. Im Rahmen parlamentarischer Besuchsreisen bin ich ihm mehrfach begegnet, dabei machte er auf mich ganz stark den Eindruck eines brutalen Machtmen-

schen, der im persönlichen Umgang mit anderen auf Einschüchterung, Lügen und plumpe Machtgesten setzt. Als ich ihn von Angesicht zu Angesicht auf seine Verwicklung in die Islam-Holdings in Deutschland, die Tausende kleiner Anleger ihr mühsam Ersparnis kosteten, ansprach, reagierte er unwirsch und versuchte mir Angst zu machen. Schon damals agierte Erdogan wie ein Pate, der einem schlechten Mafiafilm entspringen zu sein schien.

Im September 2016 kam es zu einem vorerst letzten Höhepunkt der Unterwerfungspolitik gegenüber Erdogan. So distanzierte sich die Bundesregierung, um Besuche von Bundestagsabgeordneten bei Bundeswehrsoldaten auf dem türkischen Luftwaffenstützpunkt in Incirlik zu ermöglichen, von der Armenien-Resolution des deutschen Parlaments. Die türkische Seite jubelte, dass dabei sogar die Wortwahl Ankaras übernommen wurde. Alle anschließenden Dementis, es habe sich nicht um eine Distanzierung gehandelt, blieben unglaubwürdig. Das Verfassungsorgan Bundestag wurde in einer bisher nicht gekannten Art und Weise von der Bundesregierung desavouiert.

Es ist genau dieser moralische Bankrott der Bundeskanzlerin und der Regierung, der sie vorsteht, der nach einer radikalen Wende in der Türkei-Politik schreit. Und dabei geht es nicht nur um die Menschen in der Türkei, sondern um uns alle. Ein geistig-moralischer Beitritt zur Türkei Erdogans muss verhindert werden.